



«MEIN KANTON, MEINE MEINUNG, DIGITAL»

E-Voting, E-Collecting, E-Democracy & Co. – wie weiter?



Inhalt

Impressum

Staatskanzlei Basel-Stadt
Marktplatz 9
4001 Basel

Autoren:

Marco Greiner, Staatskanzlei Basel-Stadt,
Vizestaatssekretär, Regierungssprecher
Adrian Heuss, advocacy ag
Daniel Högger, Staatskanzlei Basel-Stadt,
Leiter Wahlen und Abstimmungen

Fachliche Begleitung:

Yvonne Schaffner, Staatskanzlei Basel-Stadt,
Leitung Recht und Volksrechte
Barbara Schüpbach-Guggenbühl,
Staatskanzlei Basel-Stadt, Staatsschreiberin

Koordination: advocacy ag

Gestaltung: bom! communication ag, Basel

Illustrationen: gfs.bern ag

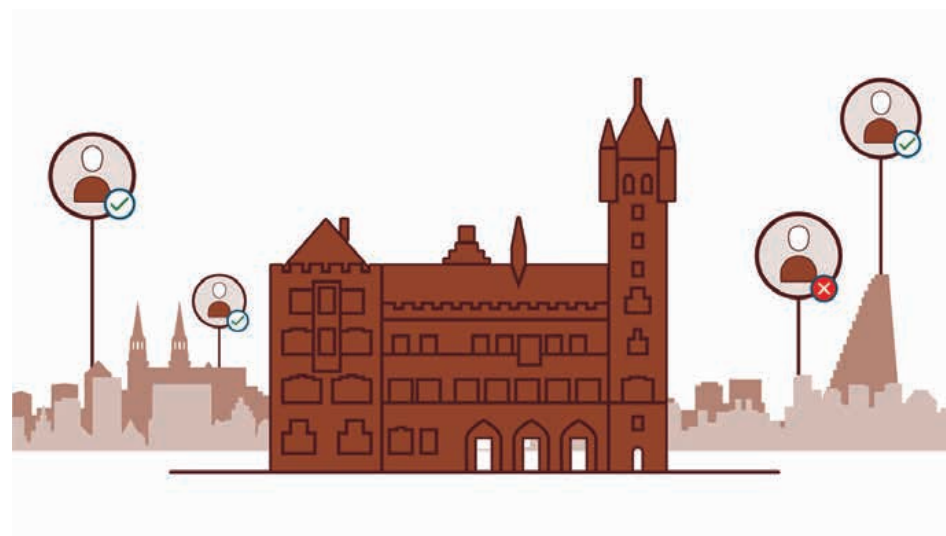
Druck: Werner Druck & Medien, Basel

Kontakt:

Kanton Basel-Stadt
Staatskanzlei
Marktplatz 9
4001 Basel
Telefon +41 61 267 85 66

© September 2021

- Seite 2** Eine breite Diskussion zur Digitalisierung
Vorwort
- Seite 4** Die Zukunft ist digital – die Politik auch?
Bevölkerungsumfrage
- Seite 18** «Es geht um fairere, gerechtere Resultate.»
Interviews mit Fachpersonen
- Seite 26** 10 Hypothesen, 21 Teilnehmende, viele Inputs
Workshop
- Seite 36** Je stärker die digitale Mitbestimmung ist,
umso mehr Teilhabe entsteht
Schlusswort



EINE BREITE DISKUSSION ZUR DIGITALISIERUNG

Ausgangspunkt für diese Publikation war der Versuch, im Kanton Basel-Stadt das Abstimmen per E-Voting einzuführen – ein Versuch, der im vorletzten Jahrzehnt gestartet worden ist und der immer neue Wendungen erfährt. In der Anfangszeit wurde E-Voting nur in interessierten Kreisen diskutiert. Seither hat aber die Digitalisierung eine rasante Entwicklung genommen und praktisch alle Lebensbereiche erfasst. Entlang dieser Entwicklung hat sich auch ein kritisches Bewusstsein über Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Bevölkerung herausgebildet.

Die Chronologie seit der gesetzlichen Verankerung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt bildet dies fast schon mustergültig ab.

Basel-Stadt hat im Oktober 2008 die gesetzliche Grundlage für das E-Voting geschaffen, seit 2009 konnten die baselstädtischen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer an insgesamt 37 Abstimmungssonntagen elektronisch abstimmen und wählen. Durchschnittlich 60 Prozent der Stimmberechtigten im Ausland benützten E-Voting. Die guten Erfahrungen haben es erlaubt, E-Voting 2016 auf die in Basel-Stadt wohnhaften Menschen mit Behinderung auszudehnen. Als dritten Schritt bewilligte der Grosse Rat 2017 einen Kredit von 5,9 Millionen Franken, um E-Voting auf alle Stimmberechtigten von Basel-Stadt auszudehnen und den Betrieb über zehn Jahre zu finanzieren.

Im Mai 2019 sollte der erste Wahlkreis Basels die Möglichkeit erhalten, E-Voting zu nützen, ab 2020 hätten alle Stimmberechtigten im Kanton Basel-Stadt bei jeder Abstimmung aussuchen können, ob sie ihre Stimme an der Urne, per Post oder elektronisch abgeben. Soweit kam es aber nicht: Im Sommer 2019 musste das bis anhin eingesetzte E-Voting-System aktualisiert werden und stand nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig verlangte ein politischer Vorstoss im Grossen Rat, dass die Ausdehnung auf alle Stimmberechtigten gestoppt werde, da E-Voting nicht sicher sei und das Vertrauen in die direkte Demokratie untergrabe.

Der Regierungsrat legte daraufhin einen Zwischenhalt ein und schlug dem Parlament vor, die Zeit dafür zu nutzen, eine möglichst breite und sachliche Diskussion über die Digitalisierung der politischen Rechte im Kanton zu führen. Dabei sollten auch die an der Digitalisierung interessierten Grossratsmitglieder und die Wissenschaft ihre Standpunkte austauschen. Inhaltlich sollte die Diskussion aber nicht nur E-Voting umfassen, sondern allgemein die Frage, wie die Digitalisierung die politischen Rechte verändern könnte.

Die Staatskanzlei hat diese Diskussion mit dem Projekt «Mein Kanton, meine Meinung, digital» lanciert, in drei Etappen:

- Im Februar 2020 führte das Forschungsinstitut gfs Bern in Basel die schweizweit erste Bevölkerungsbefragung zur digitalen Mitbestimmung durch.
- Im Frühling 2020 folgten Interviews mit 18 Fachleuten aus Politik, Lehre, Forschung und der digitalen Community. Gründe für die Geschwindigkeit der Digitalisierung, die Frage nach der Veränderung der politischen Rechte durch die Digitalisierung und Visionen für 2030 wurden in strukturierten Interviews thematisiert.
- Im Frühling 2021 folgte das dritte Element, ein Workshop. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft haben anhand von Thesen mögliche Folgen und Risiken der Digitalisierung der politischen Rechte diskutiert.

Die vorliegende Publikation fasst die Ergebnisse des Projekts «Mein Kanton, meine Meinung, digital» zusammen und legt ein Spannungsfeld offen: auf der einen Seite Sicherheitsbedenken und Zögern wegen nicht kalkulierbarer Veränderungen für das demokratische Gleichgewicht – auf der anderen Seite die Erwartung von Erleichterungen und Vereinfachungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Hoffnung auf eine bessere Demokratie.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl,
Staatschreiberin Basel-Stadt



DIE ZUKUNFT IST DIGITAL – DIE POLITIK AUCH?

Werden wir in Zukunft übers Handy abstimmen und wählen können?
Werden wir im Internet Unterschriften sammeln für eine Initiative
und via App über Entwicklungen im Quartier mitbestimmen? Wie wird
das unsere direkte Demokratie verändern? Die Digitalisierung schreitet
unaufhaltsam voran und verändert die Gesellschaft, die Wirtschaft –
und auch die Politik. Entsprechend könnte auch die politische
Mitbestimmung vermehrt digital erfolgen.

Das Projekt «Mein Kanton, meine Meinung, digital» ist im Februar 2020 mit einer Bevölkerungsumfrage des Forschungsinstituts gfs Bern gestartet. Das Ziel dieser Umfrage bestand darin, herauszufinden, wie die Baslerinnen und Basler über die digitalen Möglichkeiten in der politischen Mitbestimmung denken. Rund 1000 Personen wurden befragt, ausschliesslich Personen, die im Kanton leben und mindestens 16 Jahre alt sind.

Das Wichtigste vorab: Die Baslerinnen und Basler sind mehrheitlich positiv eingestellt, zum Beispiel gegenüber E-Voting: 56 Prozent sind sehr oder eher für die Einführung von E-Voting. Sehr ähnlich sieht die Lage bei E-Collecting aus. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung ist zudem der Ansicht, dass der Kanton Basel-Stadt bei der Digitalisierung im Bereich der politischen Mitbestimmung vorangehen und in der Schweiz eine Pionierrolle übernehmen soll.

Was ist E-Voting? Was ist E-Collecting?

E-Voting bedeutet elektronische Stimmabgabe, also online abstimmen und wählen – via Computer, Smartphone oder Tablet. E-Voting ist ein zusätzliches Angebot zu den bestehenden Abstimmungskanälen und bietet eine barrierefreie und mobile Möglichkeit zur Stimmabgabe.

E-Collecting meint das Sammeln von Unterschriften im Internet für Initiativen und Referenden. Aktuell ist in der Schweiz weder E-Voting noch E-Collecting möglich (Stand September 2021).

Aber schauen wir uns einige Resultate im Detail an (die ausführlichen Ergebnisse sind im Schlussbericht von gfs aufgeführt, siehe www.digitalemitbestimmung.bs.ch).

Die Hälfte der Bevölkerung ist von der Digitalisierung überfordert, ...

Zunächst wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach ihren Grundeinstellungen befragt, also zum Beispiel, wie sehr eine Person an Politik interessiert ist oder wie sie zum Thema Digitalisierung steht. Diese Informationen sind wichtig für die spätere Analyse. Hier zeigt sich: Die Hälfte der Bevölkerung ist von der Digitalisierung überfordert. Wenig überraschend zeigt sich auch, dass die jüngere Bevölkerung (16-39 Jahre) deutlich weniger Probleme mit der Digitalisierung hat und durch diese weniger überfordert ist. Je älter die Befragten, umso stärker sind sie vom rasanten technologischen Wandel überfordert. Auf die ganze Bevölkerung bezogen, sind immerhin 48 % der Befragten teilweise und weitere 7 % stark überfordert.

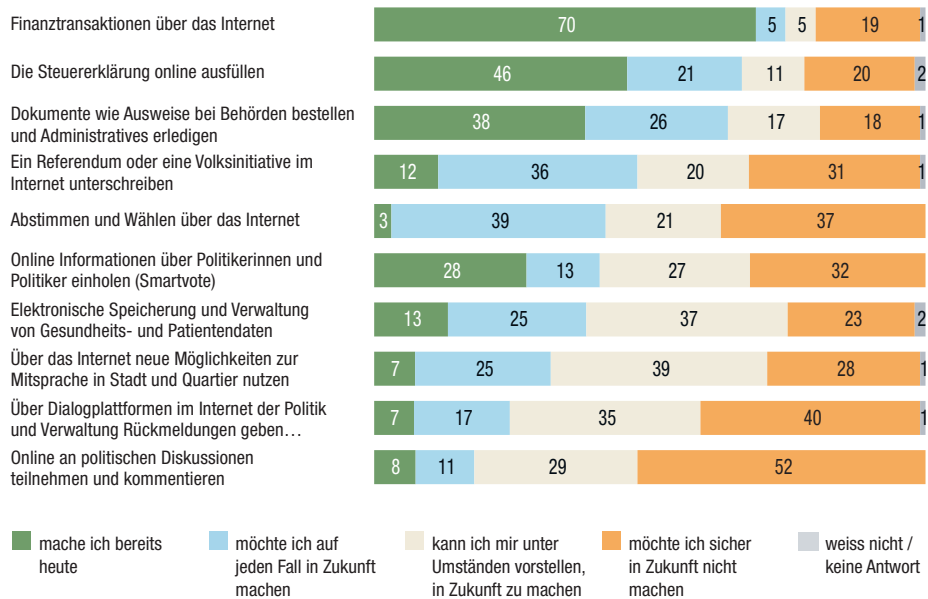
... sieht aber trotzdem mehr Chancen als Risiken.

Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung mit dem Thema Digitalisierung teilweise überfordert ist, sieht ebenfalls eine Mehrheit der Bevölkerung (54 %) die Digitalisierung als Chance, nur 26 % sehen primär ein Risiko. Auch wird aus der Befragung klar: Jüngere Menschen sehen die Digitalisierung der politischen Mitbestimmung eher als Chance als ältere Menschen. Bei der Parteizugehörigkeit zeigt sich: FDP/LDP-Wählerinnen und -Wähler sehen die Digitalisierung primär als Chance (71 %), gefolgt von SVP (67 %) und SP (54 %). Die Wähler der Grünen und der CVP (heute: «Die Mitte») sehen primär ein Risiko (49 % und 38 %).

Nutzung: Möglichkeiten der Digitalisierung

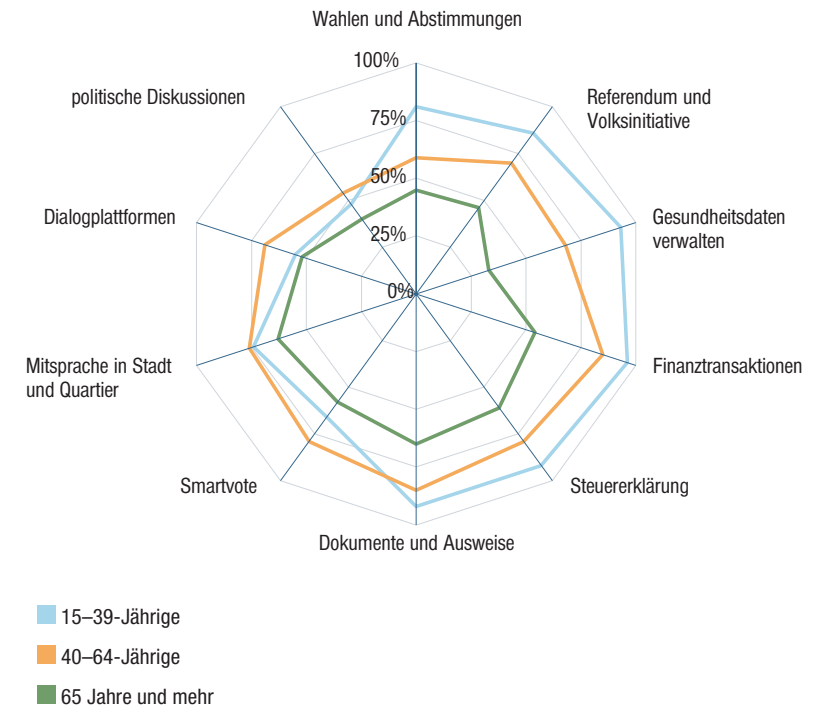
«Wir haben hier einige Dinge aufgelistet, die durch das Internet möglich sind. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie eine dieser Möglichkeiten des Internets bereits heute nutzen oder ob Sie sich auf jeden Fall vorstellen können, diese Dinge in Zukunft im Internet zu machen, unter gewissen Umständen dazu bereit sind, diese Dinge in Zukunft im Internet zu machen oder auf keinen Fall bereit sind, diese Dinge in Zukunft im Internet zu machen.»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

Zur gleichen Frage hier die Auswertung gemäss Alter



Welche digitalen Möglichkeiten nutzen wir bereits?

Als Nächstes wurden die Personen darüber befragt, welche digitalen Möglichkeiten sie bereits nutzen oder in Zukunft nutzen würden. Hier zeigt sich, dass E-Banking mittlerweile etabliert ist, auch gehört es für knapp die Hälfte der Bevölkerung zum Standard, die Steuererklärung online auszufüllen. Gegenüber dem Abstimmen und Wählen über das Internet sowie dem Unterschreiben einer Initiative im Internet sind die Baslerinnen und Basler vorsichtig positiv eingestellt – sofern die Umstände stimmen. Interessant sind die Rückmeldungen zur Nutzung von digitalen Möglichkeiten im Quartier: 71 % können sich vorstellen, solche Kanäle zu nutzen, um in der Stadt oder im Quartier mitzubestimmen.

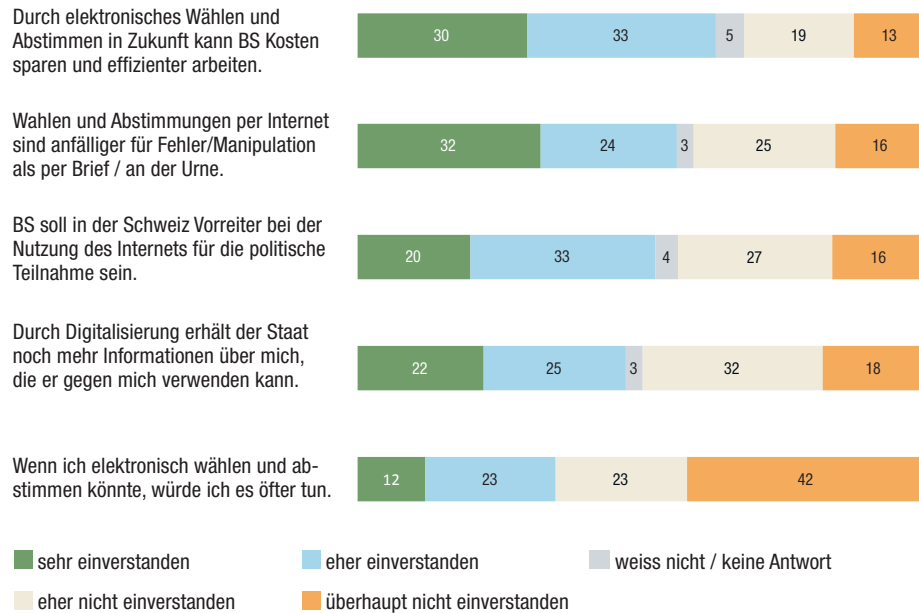
Jüngere nutzen die digitalen Möglichkeiten mehr als Ältere

Zu den oben genannten Fragen folgt hier die Aufteilung gemäss Altersstufen: In verschiedenen Fragen zeigt sich ein klarer Altersunterschied. Die jüngere Generation hat zum Beispiel eine deutlich höhere Affinität zur Online-Steuererklärung oder zu E-Banking. Allerdings gibt es auch Gemeinsamkeiten: Die Mitsprache im Quartier stösst in praktisch allen Altersgruppen auf Zustimmung.

Aussagen zum Thema Digitalisierung

«Wir haben hier einige Aussagen zum Thema Digitalisierung und Politik zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie damit sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

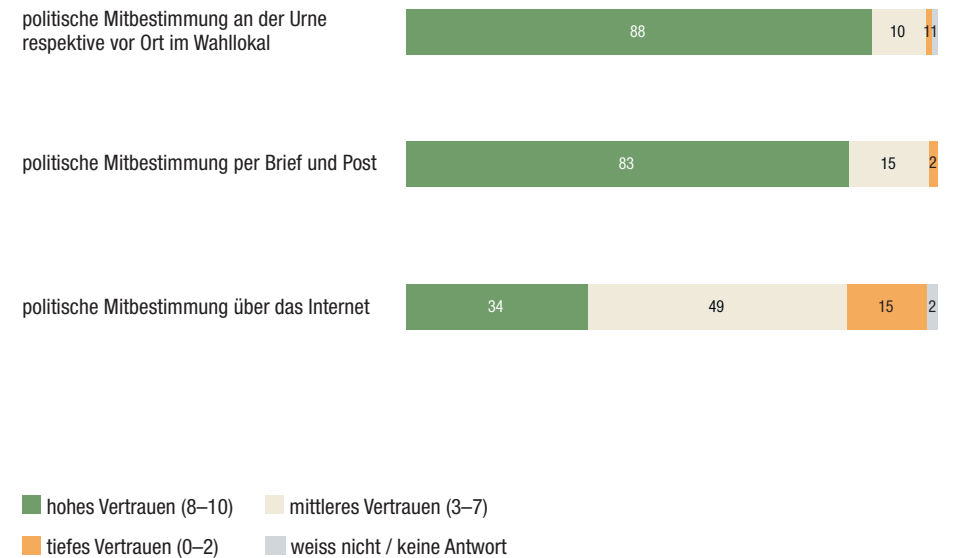
Mit E-Voting Kosten sparen, aber Vorsicht vor Manipulation

In der nächsten Frage ging es um verschiedene Themen rund um die Digitalisierung der Politik. Dabei zeigt sich, dass 63 % der Baslerinnen und Basler hoffen, dass elektronisches Wählen effizienter ist und sich dadurch Kosten sparen lassen. Wichtig sind allerdings die Sicherheitsbedenken, denn 56 % sind der Ansicht, dass Wahlen und Abstimmungen im Internet anfälliger sind für Fehler und Manipulationen als die traditionellen Kanäle (persönlich an der Urne oder per Brief). Interessant ist zudem, dass 35 % der Personen angeben, dass sie vermutlich öfter wählen und abstimmen würden, wenn sie dies online tun könnten – vor allem die jüngere Bevölkerung befürwortet diese Aussage. Sie spricht sich auch am klarsten dafür aus, dass Basel-Stadt eine Vorreiterrolle übernehmen soll.

Vertrauen in die Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung

«Bei der politischen Mitbestimmung ist es wichtig, dass man darauf vertrauen kann, dass die eigene Stimme oder Meinung richtig gezählt wird. Wie gross ist Ihr Vertrauen bei den folgenden drei Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung? Bitte sagen Sie mir das auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (grösstes Vertrauen).»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

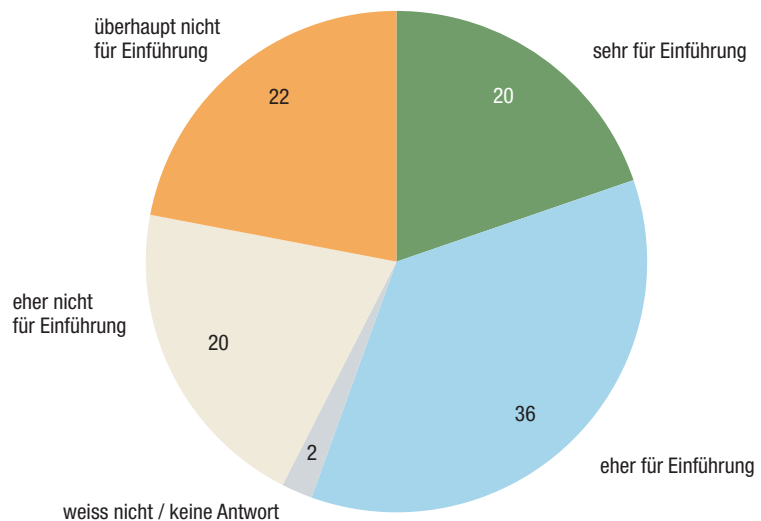
Grösstes Vertrauen für Abstimmen an der Urne

Welcher Abstimmungskanal genießt in der Bevölkerung am meisten Vertrauen? Die Baslerinnen und Basler haben höchstes Vertrauen ins Abstimmen an der Urne, etwas weniger ins briefliche Abstimmen, wobei erwähnt werden muss, dass die Befragten grundsätzlich grosses Vertrauen in die demokratischen Prozesse haben (auch im internationalen Vergleich). Die Abstimmung per Internet genießt deutlich weniger Vertrauen, was mutmasslich damit zusammenhängt, dass die Menschen bislang keine Erfahrungen mit dieser Technologie sammeln konnten.

Haltung zur Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt

«Gemäss den Informationen, die Sie heute zum Thema haben, sind Sie sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht für die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

Mehrheit für E-Voting

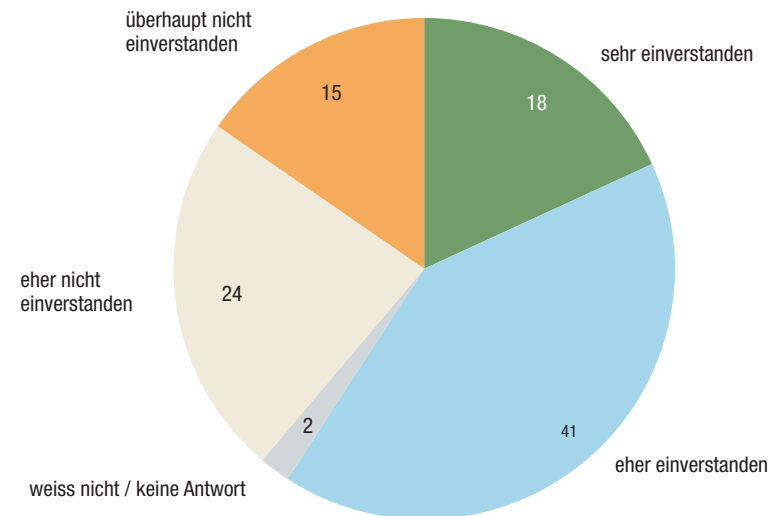
Eine Mehrheit der Befragten befürwortet die Einführung von E-Voting im Kanton. Als Gründe dafür wurden vor allem genannt, dass E-Voting das Wählen und Abstimmen einfacher sowie schneller macht und dass es die Stimmbeteiligung erhöht. Viele Menschen finden E-Voting auch einfach zeitgemäss, weil es Wählen von überall her ermöglicht, bequem ist und als umweltfreundlicher wahrgenommen wird, da weniger Papier verwendet wird.

Bei den Gründen dagegen werden vor allem die Sicherheitsbedenken genannt: Es geht um mögliche Manipulationen, Computerviren und unsicheren Datenverkehr im Internet.

Haltung zu E-Collecting

«Eine weitere Idee, wie das Internet für die Demokratie genutzt werden kann ist E-Collecting. Das heisst, dass in Zukunft Unterschriften für Petitionen und Volksinitiativen auch elektronisch abgegeben werden können. Wären Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

Auch E-Collecting findet Mehrheit

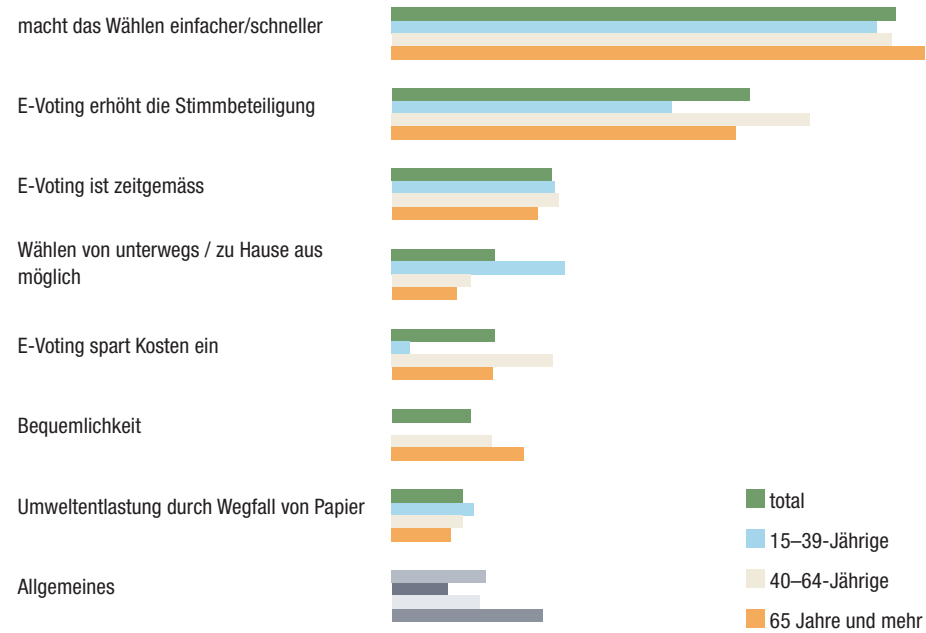
Sehr ähnlich ist die Situation bei E-Collecting: Mit 59% der Befragten ist eine Mehrheit sehr oder eher für das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden im Internet. Als Hauptgründe dafür werden Bequemlichkeit und eine erwartete Erhöhung der Partizipation genannt. Aber eine nicht zu vernachlässigende Minderheit, etwa ein Drittel, ist kritisch eingestellt. Hauptgrund sind auch hier Sicherheitsbedenken. Als Bedenken wurde aber auch genannt, dass durch E-Collecting das direkte Gespräch wegfällt: Wer im Internet seine Unterschrift abgibt, hat nicht die gleiche Gelegenheit für eine Diskussion wie beim Sammeln von Unterschriften auf der Strasse.

Differenzierung der Gründe für/gegen E-Voting Basel-Stadt nach Alter

Hauptgrund für Einführung E-Voting

«Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **für** die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **für** die Einführung von E-Voting sind

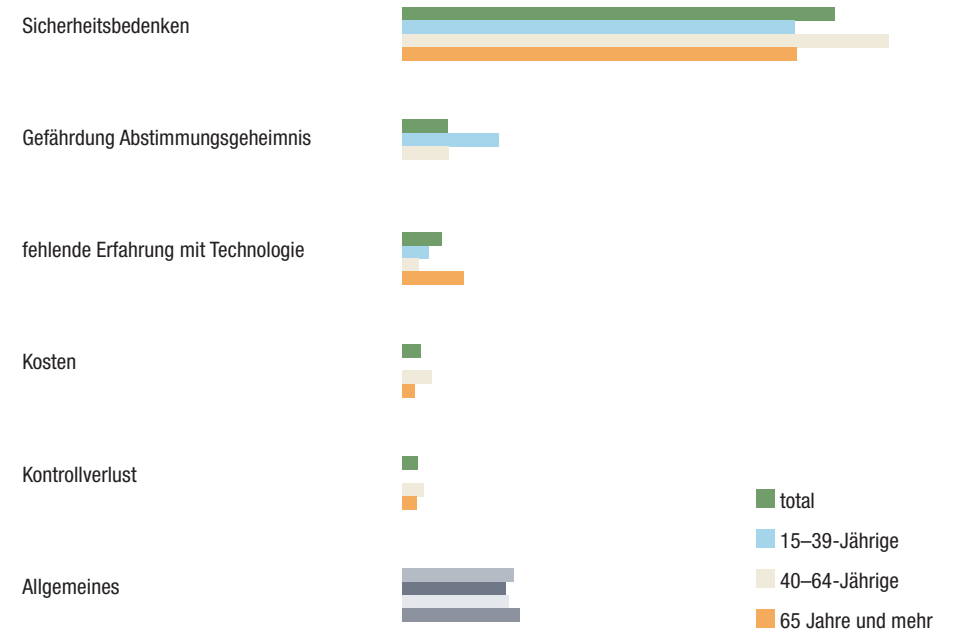


© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 334 für E-Voting / n = 351 gegen E-Voting)

Hauptgrund gegen Einführung E-Voting

«Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **gegen** die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **gegen** die Einführung von E-Voting sind



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 334 für E-Voting / n = 351 gegen E-Voting)

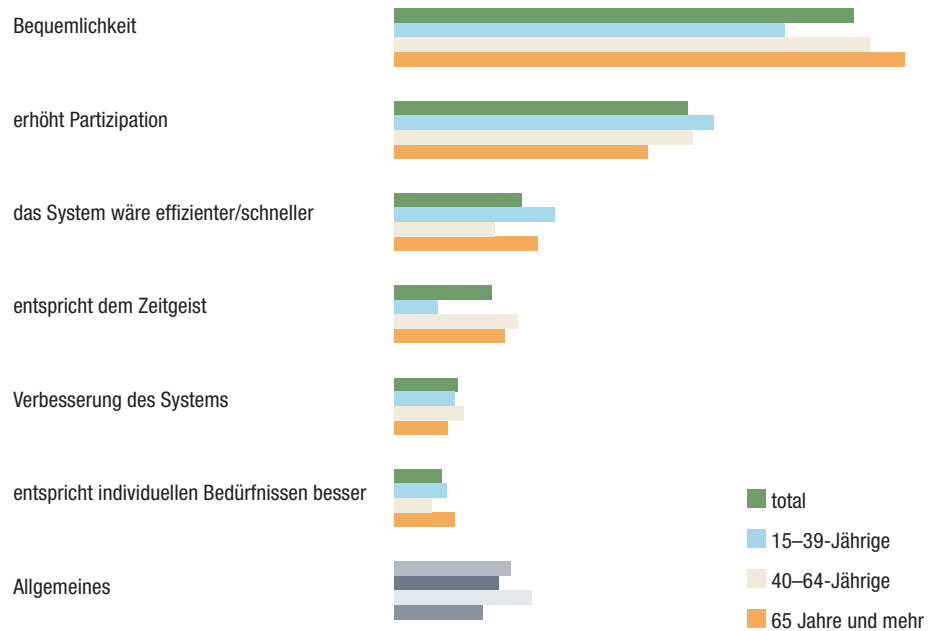
Interessant ist bei E-Collecting die Betrachtung nach Altersstufen, denn im Gegensatz zu E-Voting zeigen sich hier Unterschiede: So wird die Bequemlichkeit vermehrt von älteren Personen genannt, hingegen sehen Jüngere eher Chancen bei der Partizipation. Interessanterweise haben vor allem jüngere Personen Sicherheitsbedenken.

Differenzierung der Gründe für/gegen E-Collecting Basel-Stadt nach Alter

Hauptgrund für Einführung E-Collecting in Basel-Stadt

«Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **für** die Einführung von E-Collecting im Kanton Basel-Stadt sind?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **für** die Einführung von E-Collecting sind

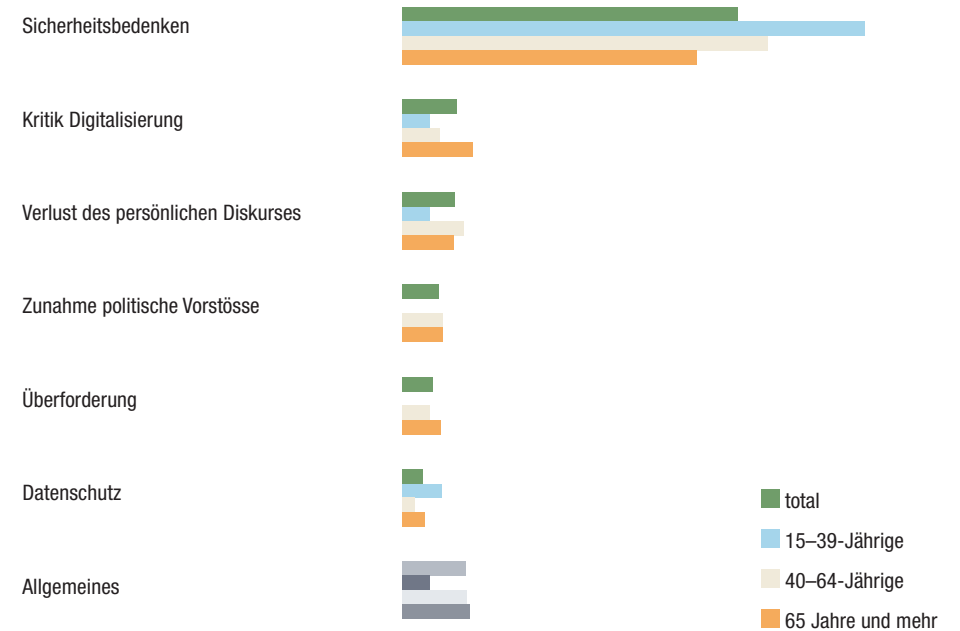


© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 367 für E-Collecting / n = 314 gegen E-Collecting)

Hauptgrund gegen Einführung E-Collecting in Basel-Stadt

«Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **gegen** die Einführung von E-Collecting im Kanton Basel-Stadt sind?»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **gegen** die Einführung von E-Collecting sind

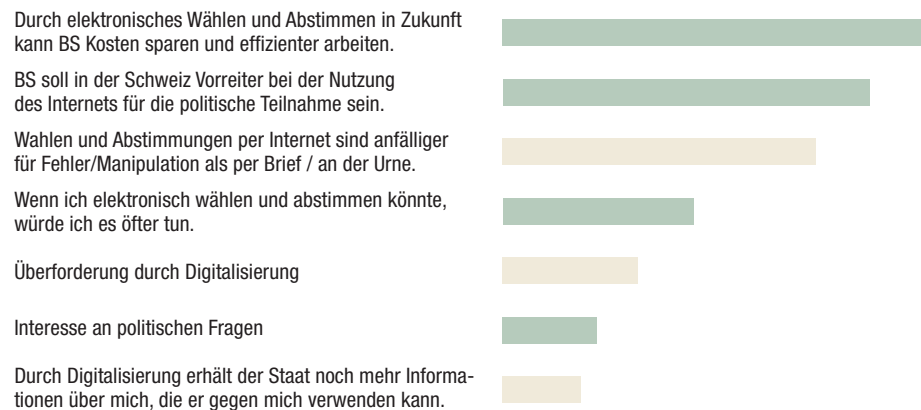


© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 367 für E-Collecting / n = 314 gegen E-Collecting)

Personen, die sich für E-Collecting aussprechen, sprechen sich oft auch für E-Voting aus. Umgekehrt ist das nicht automatisch der Fall: So zeigt sich, dass in der Gruppe, die sich sehr klar gegen E-Voting ausspricht, trotzdem 21 % für E-Collecting sind.

Haltung zur Einführung von E-Voting nach politischem Interesse, Interesse an technologischen Auswirkungen, Haltung zur Digitalisierung und Aussagen zu Digitalisierung

Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: politisches Interesse, Interesse an technologischen Auswirkungen, Haltung und Aussagen zur Digitalisierung) auf eine abhängige Variable (Haltung zur Einführung E-Voting). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Zustimmung (olive) oder eher zu einer Ablehnung (beige) führt. Je weiter oben eine unabhängige Variable aufgeführt ist und je länger der Balken ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Haltung zu E-Voting. Variablen, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Das vorhandene Modell erklärt 62.9 Prozent der Varianz in der Haltung zu E-Voting.

© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000) Erklärungsgrad: 62.9%

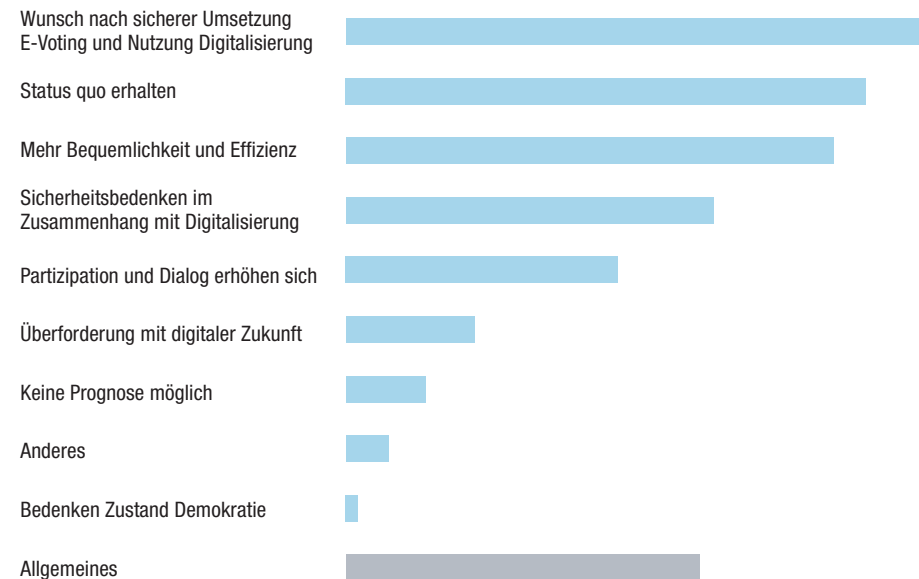
Wer politisch interessiert ist, ist eher für E-Voting

Eine Analyse der bisherigen Ergebnisse zeigt, dass jeweils zwei Argumente für und gegen E-Voting deutlich im Vordergrund stehen: Breite Zustimmung findet die Haltung, dass E-Voting Kosten spart und effizienter ist. Ebenso, dass der Kanton hier eine Vorreiterrolle übernehmen soll. Ebenfalls breit verankert ist die Angst vor Manipulation. Die Überforderung mit der Digitalisierung prägt die Vorbehalte gegenüber E-Voting stark. Wer das Internet als einen Ort für Manipulation sieht und staatliche Überwachung fürchtet, ist eher gegen E-Voting.

Politische Mitbestimmung in 10 Jahren

«Wenn Sie an Ihre politische Mitbestimmung denken, zum Beispiel wählen und abstimmen, wie könnte das in 10 Jahren aussehen? Was sind Ihre Wünsche und Ihre Bedenken? Bitte sagen Sie in wenigen Stichworten, was Ihnen als erstes in den Sinn kommt.»

In % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 905)

Personen, welche die politische Zukunft der Schweiz verstärkt im digitalen Bereich sehen, unterstützen E-Voting. Zudem zeigt sich: Je eher eine Person an politischen Fragen interessiert ist, desto eher ist sie auch positiv gegenüber E-Voting eingestellt.

Bitte sicher umsetzen

Was erhoffen sich nun die Baslerinnen und Basler für die Zukunft? Für viele ist wichtig, dass die digitale Mitbestimmung sicher umgesetzt wird, insbesondere E-Voting. Nicht zu unterschätzen ist auch der Wunsch vieler Menschen, dass sich möglichst gar nichts ändert: Die Auswertung der Inputs zeigt, dass einige Menschen überfordert sind mit der Idee der Digitalisierung aller Lebensbereiche.

«ES GEHT UM FAIRERE, GERECHTERE RESULTATE.»

Eine zweite Massnahme des Projekts «Mein Kanton, meine Meinung, digital» waren die Interviews, die mit insgesamt 18 ausgewählten Fachleuten im März/April 2020 geführt wurden (Namensliste am Ende des Kapitels). Mithilfe eines Fragebogens wurden deren Meinungen, Ideen und Einschätzungen eingeholt. Die Interviews dauerten zwischen einer und eineinhalb Stunden. Weitere Informationen zu diesen Interviews liefert ein Audiobeitrag (siehe www.digitale-mitbestimmung.bs.ch).



Die einzelnen Aussagen und Antworten werden meist nicht in indirekter Rede aufgeführt, um die Lesbarkeit zu erleichtern. Das folgende Kapitel bietet eine Zusammenfassung der verschiedenen Antworten (kein Anspruch auf Vollständigkeit) und zeigt, wo in den Interviews Schwerpunkte gelegt wurden (zum Beispiel aufgrund von Mehrfachnennungen).

Die Interviews starteten mit der Frage: Wie stehen Sie zum Thema Digitalisierung?

Die Antworten decken ein breites Spektrum ab: Die Digitalisierung kann die Transparenz erhöhen, die Kosten senken, neue Formen der Zusammenarbeit und damit mehr Menschen die Teilhabe ermöglichen, zum Beispiel Menschen, die sich nicht gerne an öffentlichen Versammlungen einbringen.

Viele Befragte sehen grosse Chancen, da heute fast alle Menschen ein Handy besitzen und sich via Handy äussern können. Hier ergeben sich Wege der Mitbestimmung und Schwarmintelligenz. Eine Fachperson erklärt, dass die Politikforschung zeige: Je besser Menschen in Prozesse integriert seien, umso mehr würden sie sich engagieren. Das heisst, die Digitalisierung bietet vielleicht die Möglichkeit, mehr Menschen in politische Prozesse einzubeziehen.

Natürlich werden auch die Gefahren genannt, zum Beispiel der Schutz der Privatsphäre, die Gefahr, dass der Mensch durch die Digitalisierung immer mehr vermessen wird, dass die neuen Möglichkeiten auch neues Diskriminierungspotenzial schaffen, dass zum Beispiel alte Menschen ausgeschlossen würden. Auch die Angst vor Manipulation von Wahlen oder Abstimmungen und damit vor einer Gefährdung der Demokratie in ihrem Kern wird genannt.

Mehrere Personen betonen: Nicht digitalisieren um der Digitalisierung willen, sondern nur dort, wo diese wirklich einen Mehrwert bietet. Und nicht zu vergessen, dass der Mensch auch in Zukunft reale soziale Kontakte braucht – nicht alles kann und soll digital erfolgen.

Welche Faktoren haben die Digitalisierung im Kanton Basel-Stadt aufgehalten?

Weder der Kanton Basel-Stadt noch die Schweiz gehören zu den Vorreitern bei der Digitalisierung. Woran liegt das? Die Befragten sehen eine Vielzahl von Gründen: Einzelne Parteien würden bremsen, es fehle an gesetzlichen Grundlagen, der «Kantönligeist» bei E-Voting sei hinderlich, ebenso wie das fehlende Verständnis in der Verwaltung für die Technologie. Oft wird auch die Angst genannt: die Angst vor Veränderung, die Angst, die Kontrolle über Prozesse zu verlieren, die Angst vor Macht- und am Ende gar Jobverlust.

Der Datenschutz wird ebenfalls als Hindernis bezeichnet, wobei man hier auch anfügen könne: Datenschutz kann nicht nur Hindernis sein, sondern auch Treiber der Digitalisierung, weil der Datenschutz die Akteure dazu zwingt, sich frühzeitig Gedanken darüber zu machen, wie ein System in zehn Jahren noch funktionieren soll. Insofern verlangsamt der Datenschutz nicht automatisch die Digitalisierung, sondern stellt sicher, dass Daten auch in Zukunft zugänglich und sicher sind.

Zudem wird beim Thema Datensicherheit erwähnt: Sicherheit braucht es nur dort, wo sie wirklich sinnvoll ist. Viele Daten sind nicht sensibel, zum Beispiel Umweltdaten, Daten zur Lufthygiene, zur Rheintemperatur; hier braucht es Open Data, Transparenz und keinen unnötigen Datenschutz. Nur bei heiklen Daten, zum Beispiel bei persönlichen Gesundheitsdaten, soll der Datenschutz greifen.

«Es ist schon verrückt, welchen Stellenwert die Digitalisierung mittlerweile einnimmt. Meine Vision für den Kanton Basel-Stadt ist, dass wir Stimmen elektronisch sammeln können für Referenden und Initiativen.

Ich finde aber, dass auch der traditionelle Weg an die Urne, der genauso cool ist, Bestand haben muss, und dafür setze ich mich ein.»

Alexander Gröflin, Dr. phil., alt Grossrat SVP, Bürgergemeinderat, Cyber Risk Analyst

Welche Faktoren haben die Digitalisierung im Kanton Basel-Stadt vorangetrieben?

Die befragten Fachleute nennen hier verschiedene Faktoren: Natürlich ermöglichen die Digitalisierung Effizienzsteigerungen, Skalierungseffekte, eine bessere Wirtschaftlichkeit von Prozessen etc. Ein elektronisches Archiv hat viele Vorteile gegenüber einem Archiv in Papierform – auch bei der Sicherheit. Stichworte sind Überschwemmung/Wassereinbruch oder Brand.

Als anderer wichtiger Treiber wurde die Pandemie genannt. Sie hat dazu geführt, dass plötzlich vieles machbar ist, was früher undenkbar schien, nicht nur im Bereich Home Office und bei Online-Sitzungen, sondern eben auch im Umgang mit Daten. Stichworte Datenschutz und Transparenz.

Treiber sind daneben oft Einzelpersonen, zum Beispiel Departementschefinnen und -chefs in der Basler Verwaltung, Amtsleitende und andere Schlüsselpersonen, welche die Digitalisierung vorantreiben, ein Bewusstsein für Digitalisierung schaffen und die entsprechende Einstellung im Team ermöglichen. Es zeigt sich: Wenn die Schlüsselpersonen am Thema interessiert sind, dann geht es voran (wobei das Umgekehrte auch gilt).

Was fällt Ihnen ein beim Begriff «Digitalisierung der politischen Mitbestimmung»?

Hier einige Assoziationen der Befragten:

«Man wollte E-Voting möglichst rasch einführen, dort liegt das Problem. Es gibt grundrechtliche Fragen, gemäss Verfassung muss jede Stimme gezählt werden, also auch die Stimmen im Ausland und die Stimmen von Menschen mit einer Behinderung, darum ist E-Voting in diesen Bereichen richtig, die Risiken sind hier auch relativ klein. Aber die Ausweitung von E-Voting auf die ganze Bevölkerung ist etwas anderes. Das Vertrauen in politische Prozesse ist heute sehr hoch, E-Voting könnte dieses Vertrauen vermindern, wenn da was schiefläuft.»

«Ich finde, dass die Schweiz ein Entwicklungsland im Bereich Digitalisierung ist. Es gibt andere Länder und Städte, die viel weiter sind. Wir ruhen uns auf unseren Lorbeeren aus und denken, die direkte Demokratie decke alles ab.»

«Aus meiner Sicht geht es um fairere, gerechtere Resultate. Es geht darum, die Hürden für die Mitbestimmung zu senken und mehr Menschen einzu beziehen.»

Wo sehen Sie Gefahren der Digitalisierung im Bereich der politischen Mitbestimmung?

Einige Personen nennen die Gefahr, dass unser demokratisches System an Wert verlieren würde, wenn man zu schnell ein «like» setzen kann, ohne sich ausreichend bewusst zu sein, dass man mit einer Abstimmung Einfluss auf die Gemeinschaft nimmt. Es besteht die Gefahr, dass die Demokratie zur Unterhaltung wird und dass dadurch die Qualität des Diskurses leidet.

Als denkbar wird auch erachtet, dass die Digitalisierung zu einer Flut von Initiativen führt, da man im Internet rascher zu den notwendigen Unterschriften kommt. Genannt wird zudem eine gewisse Gefahr für Missbrauch, dass zum Beispiel Stimmen über sehr populäre Websites gesammelt werden z.B. auf autoscout24 für ein Anliegen der Autolobby. Die Parteien und Verbände würden an Gewicht verlieren, grosse Internetportale an (politischem) Gewicht zulegen.

Glauben Sie, dass sich durch die Digitalisierung der politischen Instrumente unser politisches System verändert oder gar aus dem Gleichgewicht gerät?

Hier befürchten manche Befragte eine Zunahme an Initiativen, wobei die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überfordert werden von zu vielen Abstimmungen. Aber keine Fachperson hat die Befürchtung, dass unser politisches System deswegen aus dem Gleichgewicht geraten würde, es würde wohl einfach ein neues Gleichgewicht entstehen. Viele haben grosses Vertrauen in unser System. Nur wenn die Meinungsbildung abnimmt und keine seriöse Auseinandersetzung mehr stattfindet, dann wird unsere Demokratie geschwächt.

Andere erhoffen sich eine Veränderung im positiven Sinn: Es könne durch die Digitalisierung eine Demokratisierung der Politik stattfinden, da mehr Informationen öffentlich zugänglich seien und die Frage des Geldes in einem Abstimmungskampf weniger wichtig werde. Die Politik würde offener und fairer für alle.

Worauf sollte man bei den weiteren Schritten (Einführung von digitalen Instrumenten) besonders achten? Wie soll es nun weitergehen?

In den Antworten wird dargelegt, dass man den Weg gemeinsam gehen und wichtige Akteure einbeziehen soll – ausprobieren, Pilotprojekte starten, im Quartier testen und digitale Abstimmungen zum Beispiel auch mit Ausländerinnen und Ausländern durchführen.

Basel-Stadt soll ein Testlabor sein. Nicht jede Stadt braucht eigene Instrumente, man muss nicht alles selbst erfinden, sondern soll zunächst den Blick ins Ausland richten und sich die dortigen erfolgreichen Mitwirkungstools anschauen und anschliessend die Tools auf Stadt- und Quartierebene umsetzen (und sicherstellen, dass die Daten in der Schweiz gespeichert werden).

Anbei einige Visionen von Befragten für die Stadt Basel im Jahre 2030:

«Die Interaktion mit den Bürgern wird vermehrt auch digital möglich sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen von den neuen Möglichkeiten profitieren und zum Beispiel auch am Wochenende Formulare ausfüllen können. Schalteröffnungszeiten sind dann nicht mehr wichtig. Hier gibt es noch viel Potenzial. Die elektronischen Kanäle sollen gebündelt werden, ein digitaler Schalter ist ein Dienst an der Bevölkerung.»

«Aus meiner Sicht soll es E-Voting geben. Das kann funktionieren, wenn man nicht nur die Software betrachtet, denn jede Software kann gehackt werden, sondern den gesamten Prozess. Man kann den Prozess so organisieren, dass man Anomalien erkennen kann. Das geht bei anderen Systemen auch, die sehr sicher sein müssen. Man muss den Prozess so aufbauen, dass man Unregelmässigkeiten erkennt.»

«Ich bin überzeugt, dass die Demokratie 2030 anders aussehen wird. Es wird eine andere Art der Demokratie geben, technologisch getrieben, man wird nicht nur brieflich und an der Urne abstimmen können. Die Fortschritte mit den mobilen Geräten werden auch die Demokratie beeinflussen. Wenn ich nicht wählen gehe, dann hat es manchmal damit zu tun, dass ich einfach während Tagen nicht an einem Briefkasten vorbeikomme. Briefkästen gehören schon heute nicht mehr zu meinem Alltag. Auch bei der Steuererklärung machen wir schon heute alles online, nur das Wahlcouvert muss man noch einwerfen ...»

Fazit aus den Interviews

Die Rückmeldungen sind grundsätzlich positiv, viele sehen bei der Digitalisierung mehr Chancen als Risiken. Chancen werden im offenen Austausch und in der Bürgernähe gesehen. So würden alle Befragten Dialogplattformen nutzen; insbesondere neue Möglichkeiten zur Mitsprache im Quartier. Bei den Risiken stehen die Sicherheit und der Schutz der Privatsphäre im Vordergrund, der Datenschutz wird aber als technisch machbar und nicht als unüberwindbares Hemmnis für das Voranschreiten der Digitalisierung eingestuft. Vielmehr soll darauf geachtet werden, dass der Zugang für alle möglich ist.

E-Voting ist unter den befragten Fachpersonen umstrittener als E-Collecting. Die Fachpersonen spalten sich gegenüber E-Voting in Befürworter, Gegner sowie die Mitte-Position, die E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sowie Menschen mit Behinderung zulassen möchte, aber nicht generell (weil die Risiken so überschaubarer bleiben).

Die allermeisten Fachpersonen befürworten E-Collecting, sind aber gleichzeitig für eine Erhöhung der Quoren für das Zustandekommen von Initiativen und Referenden. Bei E-Collecting sehen die Fachpersonen kleinere Risiken und die Chance, dass auch kleine, finanzschwache Akteure politische Anliegen einbringen können.

Wichtig ist, die Nutzerinnen und Nutzer von Anfang an in Digitalisierungsprojekte und -prozesse einzubinden. Die Verwaltung soll nicht final entscheiden. So ist es erwünscht, die Bevölkerung und alle politischen Akteure in den Prozess einzubinden und die Projekte einfach und nutzerfreundlich aufzubauen. Der Dialog mit der Bevölkerung wird von fast allen Fachpersonen unterstützt. Allerdings gibt es unterschiedliche Ansätze, wie das geschehen soll (breit vs. ausgewählt). Die Tendenz geht eher in Richtung ausgewählt (auch kritische Stimmen). Mit jenen arbeiten, die sich dafür interessieren, und eher nicht mit Bürgerforen, weil diese nicht die Bevölkerung abbilden.

«Digitalisierung kann eine Chance sein, insbesondere auch für Menschen mit einer Behinderung. Entscheidend ist, dass man die Möglichkeiten der elektronischen und digitalen Kommunikation auch wirklich nutzt. Basis dafür ist eine barrierefreie, komplexitätsreduzierte Information seitens des Gemeinwesens.»

Georg Mattmüller, Grossrat SP Basel-Stadt, Geschäftsführer Behindertenforum Basel

Liste Interviewpartner

- 1 **Oliver Battaglia**, Grossrat LDP, Wirtschaftsinformatiker
- 2 **Nadja Braun Binder**, Professorin für Öffentliches Recht, Universität Basel
- 3 **Vera Eichenauer**, Projektmanagerin bei opendata.ch
- 4 **Nicola Forster**, Co-Präsident GLP Kanton Zürich, Co-Founder Staatslabor und Operation Libero
- 5 **Philip Glass**, Lehrbeauftragter Universität Basel, bis April 2021 Datenschutzbeauftragter Stadt Winterthur
- 6 **Daniel Graf**, Gründer wecollect.ch und gamechanger
- 7 **Alexander Gröflin**, alt Grossrat SVP, Bürgergemeinderat, Cyber Risk Analyst
- 8 **Sabine Himmelsbach**, Direktorin, Haus der elektronischen Künste, Basel
- 9 **Samuel Hufschmid**, Journalist bajour
- 10 **Esther Keller**, Kommunikationsberaterin, bis Februar 2021 Grossrätin GLP, seit Februar 2021 Regierungsrätin
- 11 **Georg Mattmüller**, Grossrat SP, Geschäftsführer Behindertenforum Basel
- 12 **Dominique Martin**, Informatikerin und bis Mai 2021 Vorstand FDP Basel-Stadt
- 13 **René Rhinow**, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Basel, alt Ständerat FDP
- 14 **Elias Schäfer**, Geschäftsführer Smart Regio Basel, seit Mai 2021 Vizepräsident FDP Basel-Stadt
- 15 **Uwe Serdült**, Professor, Universität Zürich, Zentrum für Demokratie Aarau
- 16 **Denise Traber**, Professorin für Politikwissenschaften, Universität Basel
- 17 **Michael Wüthrich**, alt Grossrat Grünes Bündnis, Gymnasiallehrer
- 18 **Nicolas Zahn**, Experte für digitale Transformation, Operation Libero und foraus

10 HYPOTHESEN, 21 TEILNEHMENDE, VIELE INPUTS

Im letzten Teil des Projektes «Mein Kanton, meine Meinung, digital» wurde im Juni 2021 ein Workshop durchgeführt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft (Namensliste am Ende des Kapitels). An diesem Workshop wurden insgesamt zehn Hypothesen diskutiert, die im Vorfeld aus den vorgängig geführten Interviews abgeleitet worden waren (siehe rechts).

Vor dem Workshop wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befragt, welche dieser zehn Thesen aus ihrer Sicht wichtig sein werden für die weitere Entwicklung der Digitalisierung der politischen Mitbestimmung im Kanton Basel-Stadt.

«Wir Schweizer denken oft, dass wir die beste Demokratie der Welt haben. Aber wir sollten uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Im Bereich der Digitalisierung von Verwaltung und Politik gibt es in der Schweiz noch enormes Potenzial. Da lohnt es sich, auch mal über die Landesgrenzen hinauszublicken und zu schauen, wie andere Länder, Regionen und Städte ihre Bürgerinnen und Bürger in Entscheide miteinbeziehen. Basel wäre aufgrund seiner internationalen Ausrichtung und Weltoffenheit ideal geeignet, um den Austausch mit dem Ausland anzugehen.»

Nicola Forster, Co-Präsident Grünliberale Partei Zürich, Co-Founder Operation Libero und Mitglied bei foraus und reach

Hypothesen

- | | | |
|----|---|----|
| 1 | <u>Je stärker die digitale Mitbestimmung, umso mehr Bürgerinnen und Bürger können am politischen Prozess teilhaben und umso kleiner ist die Gefahr, dass die jüngere Generation das Interesse verliert. Jedoch ist das Diskriminierungspotenzial grösser, da der Zugang nicht für alle gleich ist (diejenigen ohne Affinität werden abgehängt).</u> | 10 |
| 2 | <u>Damit die Digitalisierung der politischen Mitbestimmung Realität wird, braucht es mehr projektbezogene Arbeit und Pilotprojekte und nicht noch weitere Arbeit an Grundlagen.</u> | 9 |
| 3 | <u>Dank neuen elektronischen Tools kann rascher und genauer eruiert werden, was Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen.</u> | 6 |
| 4 | <u>Je stärker die digitale Mitbestimmung vorangetrieben wird, desto mehr werden politische Prozesse durch neue Gruppierungen gesteuert, und bisherige Akteure wie Parteien und Verbände und vermittelnde Instanzen bei der Meinungsbildung verlieren an Gewicht.</u> | 6 |
| 5 | <u>Um die Digitalisierung der politischen Mitbestimmung voranzutreiben, braucht es mehr Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft und Vertrauen als Basis (das wiederum mit Transparenz geschaffen wird).</u> | 5 |
| 6 | <u>Je stärker die Digitalisierung, umso mehr weiss der Staat über seine Bürgerinnen und Bürger.</u> | 4 |
| 7 | <u>Je mehr die digitale Mitbestimmung vorangetrieben wird, desto stärker und direkter wird die Demokratie.</u> | 4 |
| 8 | <u>Je mehr Digitalisierung, umso effizienter wird das politische System. Je stärker die Digitalisierung (z.B. E-Government), umso effizienter kann die Verwaltung arbeiten und umso günstiger werden z.B. Wahlen und Abstimmungen.</u> | 4 |
| 9 | <u>Je mehr digitale Mitbestimmung, desto mehr nehmen Bürgerinnen und Bürger die Politik als Multiple-Choice-Verfahren wahr. Die ausführlichen Debatten werden verschwinden, die Polarisierung und das Denken in Silos von Gleichgesinnten werden zunehmen.</u> | 3 |
| 10 | <u>Je stärker die digitale Mitbestimmung, desto grösser die Gefahr von Manipulationen, z.B. von Wahlen und Abstimmungen.</u> | 2 |

Am Workshop selbst hatte jede Gruppe die Aufgabe, zwei bis drei Hypothesen auszuwählen, zu diskutieren und zu begründen, wieso die Hypothese zentral ist, ob sie zutrifft oder nicht und welches die nächsten Schritte sein könnten. Anbei werden die Hypothesen vorgestellt, die am meisten Stimmen erhalten haben.

Hypothese 1: Je stärker die digitale Mitbestimmung, umso mehr Bürgerinnen und Bürger können am politischen Prozess teilhaben und umso kleiner ist die Gefahr, dass die jüngere Generation das Interesse verliert. Jedoch ist das Diskriminierungspotenzial grösser, da der Zugang nicht für alle gleich ist (diejenigen ohne Affinität werden abgehängt).

Die Hypothese wird grossmehrheitlich befürwortet. Mithilfe der Digitalisierung werden bestehende Kanäle nicht ersetzt, sondern die bestehenden durch einen neuen Kanal ergänzt, der den jüngeren Generationen, aber auch anderen Bevölkerungsteilen, mehr entgegenkommt. Es geht um eine Ergänzung der Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung, die mithelfen könnte, diese Bevölkerungsschichten besser einzubinden.

Zudem wird hier der Einwand gebracht, dass der digitale Graben nicht unbedingt zwischen Jung und Alt verläuft, sondern eher entlang der Bildungsgrenzen. Die meisten älteren Menschen haben ein Handy und wissen es zu nutzen. Man kann die ältere Generation nicht in einen Topf werfen. Einige sind sehr digital unterwegs. Einige haben ein Handy, aber keinen Computer – was auch die Frage nach dem richtigen Kommunikationskanal aufwirft.

Damit der Kanal dann auch tatsächlich genutzt wird, sei es wichtig, in einem ersten Schritt das Interesse für die Prozesse zu wecken, das Tool einfach und verständlich umzusetzen und den Mehrwert nachvollziehbar zu kommunizieren. Der Vorteil der digitalen Tools liegt in der Niederschwelligkeit. Zudem soll man auch frühzeitig die Frage stellen: Wie können denn die jungen Menschen (aber auch die anderen) einbezogen werden?

Weitere Inputs:

- In der Schweiz gibt es auch viele Analphabeten, die ausgeschlossen sind und ausgeschlossen bleiben – auch digital.
- Im Parlament sind viele Vertreterinnen und Vertreter, die wenig verstehen von Digitalisierung, hier braucht es Aufklärungsarbeit.
- Eine Problematik sind die Fake News, die Abstimmungen im Internet beeinflussen könnten.

Hypothese 2: Damit die Digitalisierung der politischen Mitbestimmung Realität wird, braucht es mehr projektbezogene Arbeit und Pilotprojekte und nicht noch weitere Arbeit an Grundlagen.

Auch diese Hypothese stösst mehrheitlich auf Zustimmung und wird von vielen Teilnehmenden als zentral betrachtet für die weitere Entwicklung. Diese Hypothese ist eigentlich das Fazit der vorhergehenden Hypothese. Es geht darum, auszuprobieren und Fehler zu machen (Fehlerkultur ist Grundvoraussetzung für respektvollen Dialog, und gewisse Technologie- und Sicherheitsfragen kommen erst dann zum Vorschein). Es braucht aber nicht nur das Ausprobieren, es braucht auch die Legimitation: Wer ist legitimiert, entsprechende Projekte aufzubauen und die Prozesse zu führen?

Wichtig ist dabei die Transparenz (wie funktioniert der Prozess) und eine Begleitgruppe, die offen und kritisch ist. Man muss auch die unangenehmen Stimmen in die Begleitgruppe holen. Zudem soll auch die Bevölkerung die Möglichkeit haben, Rückmeldung zu geben. Und zu guter Letzt braucht es die entsprechenden Ressourcen und einen Akteur, der das betreibt – auch langfristig.

«Ich denke, dass die Politik im Bereich Digitalisierung die Dinge aktiv in die Hand nehmen muss, anstatt der Digitalisierung hinterherzulaufen. Im Moment wird dieser Prozess vor allem von den grossen Internetkonzernen gestaltet. Seit der Einführung des Internets haben sich viele Dinge radikal verändert, zum Beispiel, wie wir heute Musik hören, gestreamt über das Netz. Fragen des Copyrights müssen neu angeschaut werden. Und da ist aktives politisches Handeln zwingend notwendig.»

Sabine Himmelsbach, Direktorin Haus der elektronischen Künste, Basel

Hypothese 3: Dank neuen elektronischen Tools kann rascher und genauer eruiert werden, was Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen.

Auch diese Hypothese erhält relativ viel Zustimmung. Allerdings wird hier eingeworfen: “A fool with a tool is still a fool.” Es geht nicht nur um die Tools an und für sich, sondern auch darum, diese richtig anzuwenden, die Daten richtig zu erheben und die richtigen Schlüsse aus den Ergebnissen zu ziehen.

Richtig angewendet, bieten sie aber ganz neue Möglichkeiten: Viele Firmen und Verbände haben zum Beispiel wenig Zeit für aufwendige Mitwirkungsprozesse und Vernehmlassungsverfahren. Digitale Mitbestimmungsprozesse können hier eine Abhilfe schaffen, wenn sie effizienter sind und eine Zeitersparnis bringen. Es geht um effiziente Meinungsbildung.

Hypothese 4: Je stärker die digitale Mitbestimmung vorangetrieben wird, desto mehr werden politische Prozesse durch neue Gruppierungen gesteuert, und bisherige Akteure wie Parteien und Verbände und vermittelnde Instanzen bei der Meinungsbildung verlieren an Gewicht.

Diese Hypothese wird kontrovers diskutiert. Ob tatsächlich neue Gruppierungen von E-Collecting profitieren werden, muss sich erst noch zeigen. Auch die «traditionellen» Akteure (Parteien, Verbände) könnten E-Collecting nutzen, und die anwesenden Vertreterinnen von Verbänden sehen E-Collecting eher als Chance statt als Gefahr. Es stellt sich eher eine grundsätzliche Frage zu E-Collecting: Kann man im Internet wirklich Menschen von einem Anliegen überzeugen? Ohne die Möglichkeit, im direkten Gespräch Argumente zu diskutieren?

Dass neue politische Gruppierungen erscheinen, ist grundsätzlich positiv und gab es auch schon vor der Einführung von digitalen Möglichkeiten. Oft sind zum Beispiel Bewegungen rund um Referenden entstanden, denn Referenden sind Geburtsorte für politische Gruppierungen. Zudem gilt hier, dass jüngere Menschen sich immer öfter einer Bewegung anschliessen anstatt einer klassischen Partei. Auch diese Menschen könnten mit den neuen Tools erreicht werden.

Hypothese 5: Um die Digitalisierung der politischen Mitbestimmung voranzutreiben, braucht es mehr Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft und Vertrauen als Basis (das wiederum mit Transparenz geschaffen wird).

Die Zusammenarbeit von Staat und Privatwirtschaft gab es schon immer und soll es auch in Zukunft geben (Beispiel: Orell Füssli druckt Schweizer Banknoten). Die Frage ist also nicht, ob es eine Zusammenarbeit braucht, sondern eher: Wie sieht die Zusammenarbeit aus? Wer hat die Kontrolle? Über die Daten? Über die Prozesse? Die Abstimmung zur E-ID hat gezeigt, dass das Vertrauen sehr wichtig ist und dass die Datenhoheit eher beim Staat als bei einer privaten Firma liegen soll.

Bei E-Voting zeigte sich in der Vergangenheit auch das Problem fehlender Leadership: Vor fünf Jahren gab es noch vier bis fünf E-Voting-Systeme, im Moment gar keines mehr. Wer hat die Verantwortung? Die Bundeskanzlei? Die Kantone? Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Software-Herstellern? Wichtige Organisationen wie die Auslandschweizer-Organisation (ASO) haben den Eindruck, dass sie zu wenig in Prozesse eingebunden sind. Aber Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind wichtige Akteure, wenn es ums E-Voting geht: Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wollen nicht nur national abstimmen, sie sind oft auch noch mit ihrem Kanton verbunden und wollen darum auch kantonal abstimmen.

«Ich denke, man muss sich bewusst sein, dass Demokratie aus Meinungsbildung und Willensbildung besteht. Mir ist wichtig, dass bei allen Fortschritten bei der Digitalisierung die Meinungsbildung nicht zu kurz kommt. Das heisst, dass sich Menschen austauschen können, sich eine eigene Meinung bilden können. Und nicht nur auf einen Knopf drücken mit Ja oder Nein. Denn Demokratie ist ein Prozess, der nicht nur aus dem Schlussakt besteht, nämlich dem Abstimmen.»

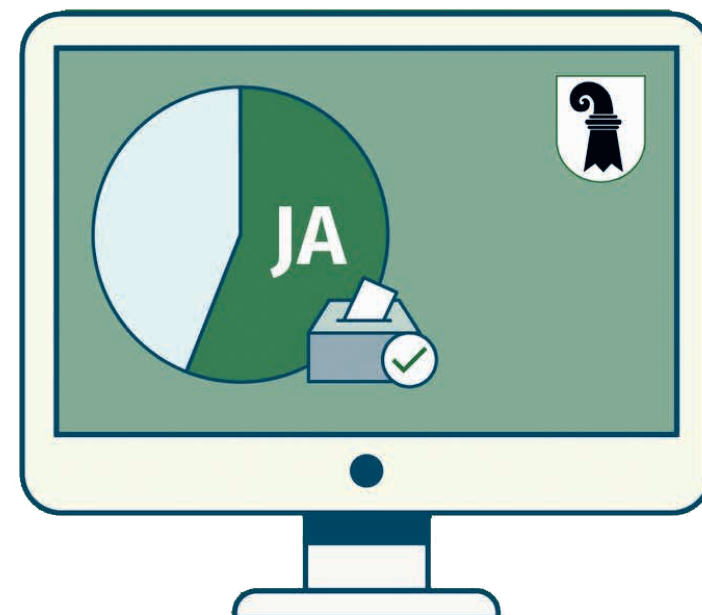
René Rhinow, Prof. Dr. iur und alt Ständerat

Teilnehmerinnen und Teilnehmer Workshop Juni 2021

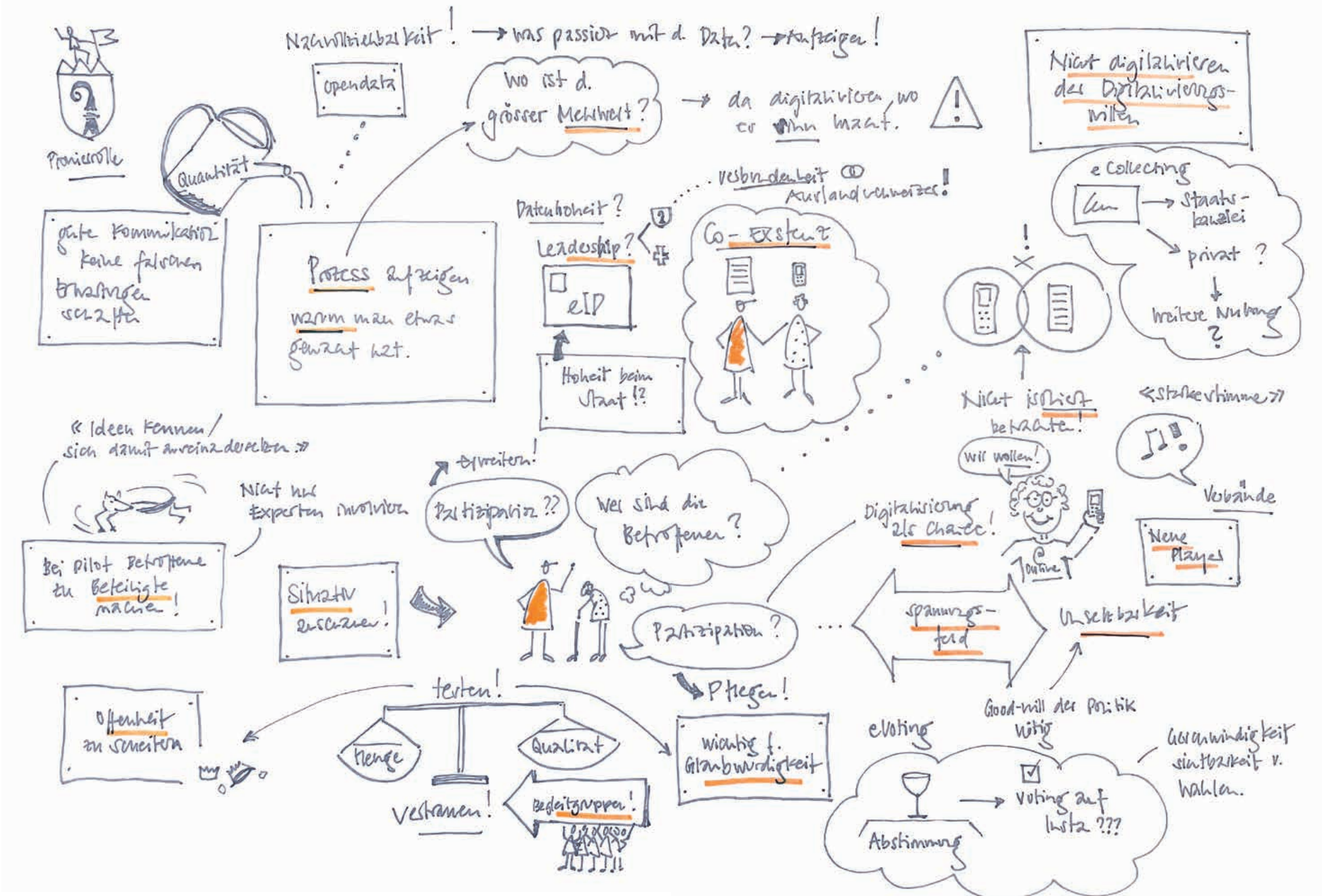
1. **Michelle Bachmann**, Kantons- und Stadtentwicklung des Kantons Basel-Stadt, Projektleiterin
2. **Oliver Battaglia**, Grossrat LDP, Wirtschaftsinformatiker
3. **Nadja Braun Binder**, Professorin für Öffentliches Recht, Universität Basel
4. **Urs Bieri**, gfs bern, Co-Leiter
5. **Philipp Glass**, Lehrbeauftragter Universität Basel, bis April 2021 Datenschutzbeauftragter Stadt Winterthur
6. **Daniel Graf**, Gründer wecollect.ch und gamechanger
7. **Marco Greiner**, Staatskanzlei Basel-Stadt, Vizestaatssekretär, Regierungssprecher
8. **Florin Hasler**, Programmleiter Prototype Fund, Projektmanager bei opendata.ch
9. **Daniel Högger**, Staatskanzlei Basel-Stadt, Leiter Wahlen und Abstimmungen
10. **Frank Linhart**, Arbeitgeberverband Basel, Bereichsleiter Öffentlichkeitsarbeit
11. **Melanie Marjanovic**, Gewerbeverband BS, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Politik
12. **Doris Moser Tschumi**, Graue Panther NWCH, Co-Vizepräsidentin
13. **Jonathan Noack**, Product Owner bei Liip, bis Ende 2020 Journalist Regionaljournal SRF
14. **Ariane Rustichelli**, Geschäftsstelle ASO, Direktorin
15. **Yvonne Schaffner**, Staatskanzlei Basel-Stadt, Leitung Recht und Volksrechte
16. **Elias Schäfer**, Smart Regio Basel, Geschäftsführer, seit Mai 2021 Vizepräsident FDP Basel-Stadt
17. **Barbara Schüpbach-Guggenbühl**, Staatskanzlei Basel-Stadt, Staatsschreiberin
18. **Uwe Serdült**, Professor, Universität Zürich, Zentrum für Demokratie Aarau
19. **Céline Steiger**, Pro Senectute beider Basel, Sozialarbeiterin
20. **Stephan Torben**, Stiftung Mercator, Programmleiter «Digitalisierung + Gesellschaft»
21. **Annette Stöcker**, Pro Senectute beider Basel, Geschäftsleitung

«Die Digitalisierung bietet ganz viele Möglichkeiten, um die Partizipation zu steigern. Das Risiko dabei ist aber, dass man durch Möglichkeiten, bei denen man nicht verbindlich mitreden kann, eine Frustration bei den Bürgerinnen und Bürgern schafft, wenn ihre Anliegen letztlich nicht berücksichtigt werden. Darum sollte man die verbindlichen Mitwirkungsrechte genauso fördern. Man könnte zum Beispiel elektronische Unterschriftensammlungen ermöglichen.»

Nadja Braun Binder, Prof. Dr. iur, Universität Basel



Stimmungsbild aus dem Workshop



JE STÄRKER DIE DIGITALE MITBESTIMMUNG IST, UM SO MEHR TEILHABE ENTSTEHT

Das Projekt «Mein Kanton, meine Meinung, digital» hat eine erste breite und sachliche Diskussion über die Digitalisierung der politischen Rechte im Kanton ermöglicht. Die drei Etappen der Diskussion haben Erkenntnisse dazu geliefert, wie der Fokus, die Arbeitsweise und die Kommunikation zu den nächsten Schritten justiert werden können.

Die gfs-Befragung von 1000 Baslerinnen und Baslern, die Gespräche mit den Expertinnen und Experten und der Workshop mit Interessierten aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und der Verwaltung haben uns gezeigt, dass das von uns seit mehr als zehn Jahren vorangetriebene E-Voting nicht länger solitär im Fokus stehen kann. E-Collecting, das Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden, muss mitgedacht und entwickelt werden. Dass unsere Vision der Digitalisierung generell Zustimmung erfährt, indem 67% der Befragten möchten, dass der Kanton Basel-Stadt eine Vorreiterrolle einnimmt, ist ein starkes Zeichen.

Die Umfrage hat auch gezeigt, dass Antworten auf die Sicherheitsbedenken und auf die Frage der erhofften Effizienzgewinne erwartet werden. Die am Projekt beteiligten Expertinnen und Experten haben dazu Ansätze geliefert. Die Digitalisierung könne ihrer Meinung nach fairere und gerechtere Resultate hervorbringen. Zudem zeige die Politikforschung, dass sich die Menschen stärker engagieren, wenn sie besser in den Prozess integriert sind – was die Digitalisierung eben ermögliche. Allerdings wäre eine Digitalisierung um der Digitalisierung willen nicht hilfreich, sondern nur dort erfolgversprechend, wo sie einen Mehrwert biete. Würde der Mehrwert ersichtlich, würde auch das Vertrauen in die politischen Prozesse, das heute sehr hoch ist, nicht geschmälert.

Wenig beunruhigt sind die Fachleute darüber, dass unser politisches System durch die Digitalisierung aus dem Gleichgewicht geraten könnte; allenfalls würde sich aber ein anderes, neues Gleichgewicht entwickeln. Die Expertinnen und Experten ermutigen die Behörden, nicht in Grundlagen-

arbeit zu verharren, sondern Pilotprojekte zu starten und zum Beispiel Dialogplattformen zu installieren, als Form der Quartiermitsprache. Sie sehen es aber auch als wichtig an, dass viele Akteure in die weiteren Schritte einbezogen werden.

Aus der Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Lehre, Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung hat sich eine klare Meinung herausgebildet: Je stärker die digitale Mitbestimmung ist, umso mehr Teilhabe entsteht und umso kleiner wird das Risiko sein, dass die junge Generation das Interesse an der Politik verliert. Der Austausch hat aber auch aufgezeigt, dass sich eine Fehlerkultur etablieren muss, wenn wie gewünscht (Pilot-)Projekte vorangetrieben werden sollen. Transparente Prozesse und eine kritische Begleitgruppe einerseits und keine einsamen Verwaltungsentscheide andererseits haben die Diskussionsteilnehmenden als Voraussetzungen für die nächsten Schritte bei der Digitalisierung der Mitbestimmung gefordert.

Ich danke allen, die sich am Projekt «Mein Kanton, meine Meinung, digital» beteiligt haben, die die Arbeit der Behörden kritisch hinterfragt, Verbesserungen vorgeschlagen und ihre Zeit eingesetzt haben. Nur gemeinsam gelingt es, die politischen Rechte so weiterzuentwickeln, dass sie bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stossen.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl,
Staatsschreiberin Basel-Stadt

«Die Digitalisierung bietet in der Politik und in der Verwaltung enorme Möglichkeiten. Wir müssen das Potenzial dort nutzen, wo es den Bürgerinnen und Bürgern einen Mehrwert bietet: Ich denke da an digitale Parkbewirtschaftungssysteme, die anzeigen, wo der nächste freie Parkplatz ist. Aber auch an ein digitales Grundbuchamt, intelligente integrale Verkehrsführung oder an digitale Baugesuche, die transparent sind.»

Olivier Battaglia, Grossrat LDP, Wirtschaftsinformatiker

«Die politische Mitbestimmung im Kanton Basel-Stadt wird bis im Jahr 2030 breiter und digitaler werden. Mithilfe von digitalen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsplattformen werden wir in Zukunft bei Mitwirkungsverfahren im Quartier, aber auch bei Grossratsgeschäften oder bei Volksabstimmungen ganz einfach Konsultativabstimmungen durchführen können.

Dadurch können wir auch die Teilhabe an Entscheidungsprozessen breiter gestalten. Ein grosser Teil der Wohnbevölkerung, Junge, Ausländerinnen und Ausländer, aber auch die Arbeitsbevölkerung, die ja tagtäglich in die Stadt kommt und hier arbeitet, wird so stärker in den Prozess einbezogen werden können.»

Elias Schäfer, Geschäftsführer Smart Regio Basel

